



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 16. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt vom
19.04.2016

Anwesend:

siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:

Thomas Suttrup

Zu der Sitzung war unter Mitteilung der Tagesordnung am 06.04.2016 eingeladen worden.

Die Sitzung fand Friedhof Seppenrade, Dattelnerstraße 33, 59348 Lüdinghausen anschließend an die Begehung: im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Ortsbesichtigung des Friedhofs Dattelner Straße in Seppenrade
Vorlage: FB 3/400/2016
2. Dauerhafte Wiederherstellung der Wege sowie die Bewirtschaftung der Trauerhalle und Nebengebäude auf dem städtischen Friedhof Seppenrade; Antrag der CDU-Fraktion vom 17.03.2016
Vorlage: FB 3/401/2016
3. Neuausbau der Straße Ostlandsiedlung
hier: Festlegung der Ausbauvariante (Bauprogramm)
Vorlage: FB 3/402/2016
4. Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen e.V.
hier: Vorstellung der Bewerbungsunterlagen und Zeitplan des Bewerbungsverfahrens
Vorlage: FB 3/404/2016
5. Verzicht auf die Verwendung von Glyphosat und ggf. von anderen Totalherbiziden
hier: Bürgerantrag „Glyphosatverbot in städtischen Anlagen“ vom 10.03.2016
Vorlage: FB 3/403/2016
6. Berichte
7. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

8. Bericht über vom Bürgermeister erteilte Einvernehmen im Baugenehmigungsverfahren
Vorlage: FB 3/399/2016
9. Anfragen
10. Berichte

Öffentlicher Teil:

TOP 1) Ortsbesichtigung des Friedhofs Dattelner Straße in Seppenrade

Vorlage: FB 3/400/2016

Die Ausschussmitglieder besichtigen die Wege des Friedhofs Dattelner Straße in Seppenrade. Es besteht Einigkeit darüber, dass die Verwaltung Vorschläge zur Sanierung erarbeiten und mit dem Hauptweg von der Trauerhalle begonnen werden solle.

I. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- keine Abstimmung

-

**TOP 2) Dauerhafte Wiederherstellung der Wege sowie die Bewirtschaftung der Trauerhalle und Nebengebäude auf dem städtischen Friedhof Seppenrade; Antrag der CDU-Fraktion vom 17.03.2016
Vorlage: FB 3/401/2016**

Stv. Möllmann erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Die Nebenräume der Trauerhalle sollten auf den neuesten Stand gebracht und teilprivatisiert werden. Der Wegezustand sei zu verbessern. Nach Auffassung der CDU müsse der Hauptweg gepflastert werden.

Stv. Havermeier erklärt, dass der Zustand der Wege so wieder hergestellt werden müsse, dass er für die Nutzer erträglich, sei zu einem vernünftigen Kosten-Nutzen-Verhältnis. Er plädiert für eine Entscheidung in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 14.06.2016 damit vor dem Winter die Arbeiten abgeschlossen sind. Stv. Havermeier fragt nach den Auswirkungen auf den Gebührenhaushalt. Frau Trudwig erklärt, dass die Kosten in Form von Abschreibungen in den Gebührenhaushalt einfließen würden.

Stv. Möllmann ergänzt, dass die bisher durchgeführten Sanierungsmaßnahmen nicht zu einem entsprechenden Erfolg geführt hätten. Daher sollte geprüft werden, ob eine Pflasterung oder rote Asphaltdecke nicht besser geeignet sei. Frau Trudwig sichert eine Prüfung zu.

Stv. Kortmann ist der Ansicht, dass sichergestellt werden müsse, dass eine Verbesserung erfolge. Er fragt nach, warum eine Privatisierung der Nebenräume geprüft werden solle. Seiner Meinung nach sei eine Privatisierung immer problematisch und mit Kostensteigerungen verbunden.

Stv. Möllmann antwortet, dass es nur um die Nebenräume ginge. Die Gefahr für einen Gebührenanstieg sehe er nicht.

Bürgermeister Borgmann weist darauf hin, dass die Stadt in Konkurrenzdruck zu privaten Anbietern stehe. Man sei im Zugzwang.

SkB. Wagner erklärt, dass nach Ansicht der FDP-Fraktion eine Ausgestaltung der Wege in Pflaster oder Asphalt in Frage kommen würde.

SkB. Schulze Meinhövel hält die Prüfung der wassergebundenen Decke für entbehrlich, da nach ihrer Meinung die Pflastervariante mit Anlegung einer Rinne vorteilhafter sei.

Nach Ansicht von Stv. Gernitz müsse das Kosten-Nutzen-Verhältnis geprüft werden. Darum plädiere er für die Prüfung aller Varianten. Bei den Nebenräumen warte die SPD-Fraktion auf entsprechende Vorschläge.

Stv. Wischnewski hält die Pflasterfläche für die sauberste Lösung. Sie bittet darum, dass alle Varianten mit den dazugehörigen Unterhaltungs- und Entwässerungskosten vorgestellt werden. Eine Interessenabfrage bei den örtlichen Bestattungsunternehmen für eine Privatisierung der Nebenräume gehe aus ihrer Sicht nach in Ordnung. Frau Trudwig erklärt, dass diese Interessenabfrage bereits durchgeführt worden sei und die Unternehmen grundsätzlich Interesse bekundet hätten.

I. Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mögliche Varianten zur dauerhaften Wiederherstellung der Friedhofswege Seppenrade zu erarbeiten und in der nächsten Sitzung vorzustellen.

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

2. Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, welche Umbau- und Sanierungsmaßnahmen der Seppenrader Friedhofsnebengebäude möglich bzw. notwendig wären und in welcher Form ein Ausschreibungsverfahren erfolgen könnte. Die Ergebnisse sind in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen.

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	3

**TOP 3) Neuausbau der Straße Ostlandsiedlung
hier: Festlegung der Ausbauvariante (Bauprogramm)
Vorlage: FB 3/402/2016**

Frau Trudwig stellt den Sachverhalt vor.

Stv. Schulze Uphoff erklärt, dass die Anlieger die Variante 2 in der Version Hermann-Stehr-Straße wünschen. Er möchte wissen, ob die Entsorgung des Bodens beitragsfähig sei und weist darauf hin, dass die Anlieger keine Ausleuchtung der Grundstücke möchten. Frau Trudwig erklärt, dass die Entsorgung des Bodens grundsätzlich beitragsfähig sei. Allerdings entfalle nur ein kleiner Teil auf die Straßenentwässerungskosten. Die Verwaltung habe die Variante Hermann-Stehr-Straße geprüft mit dem Ergebnis, dass hier höhere Unterhaltungsaufwendungen anfallen. Ein Ausbau der Straße als Mischfläche (Alternative 2) sei derzeit nicht umfassend in der geltenden Straßenausbausatzung erfasst. Eine entsprechende Sondersatzung soll in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bzw. Stadtrates beschlossen werden.

Stv. Wischnewski fragt nach den rechtlichen Vorschriften für die Mindestbreite von Straßen. Die Verwaltung antwortet, dass es eine Richtschnur für Begegnungsverkehr gebe. Dieser müsse möglich sein.

Stv. Havermeier erklärt, dass sich die Anlieger mehrheitlich für die Asphaltbauweise und gegen die aus fachlicher Sicht sinnvollere Pflasterbauweise entschieden hätten. Er ist der Ansicht, dass für die Entscheidung für eine bestimmte Bauweise auch die entsprechenden Kosten hätten vorliegen müssen. Frau Trudwig antwortet, dass die Bauweisen Pflaster/Asphalt kostenmäßig weitestgehend gleich seien. Stv. Havermeier regt an, in die Ausschreibung eine abschnittsweise Ausführung mit aufzunehmen, um die Zugänglichkeit der Grundstücke zu jedem Zeitpunkt gewährleistet bleibe. Bürgermeister Borgmann weist darauf hin, dass Einigkeit darüber bestehen würde, die Anlieger möglichst wenig zu belasten. Eine abschnittsweise Ausführung könnte zu höheren Kosten führen.

SkB. Wagner erklärt, dass die FDP-Fraktion für die Variante 2 einschließlich Beleuchtung sei.

Stv. Wischnewski ist der Ansicht, dass nichts gegen die von den Anliegern gewünschte Ausbauvariante sprechen würde.

I. Beschlussvorschlag:

1. Der Neuausbau der Straße „Ostlandsiedlung“ soll als Mischfläche (niveaugleicher Ausbau) mit einer 4,50 m breiten asphaltierten Fahrbahn sowie einem auf beiden Seiten gepflasterten Seitenstreifen von je 0,75 m erfolgen (Ausbauvariante 2, siehe Anlage 2).

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

2. Im Rahmen der Ausbaumaßnahme soll die vorhandene Straßenbeleuchtung erneuert bzw. erweitert werden, so dass diese den aktuellen Beleuchtungsstandards entspricht.

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 4) Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen e.V.
hier: Vorstellung der Bewerbungsunterlagen und Zeitplan des Bewerbungsverfahrens
Vorlage: FB 3/404/2016**

Herr Pickert stellt die wesentlichen Inhalte des Antrages zur AGFS-Mitgliedschaft vor (Anlage 1 – Präsentation).

SkB. Kostrzewa-Kock möchte wissen, welche Zielsetzung vom AGFS beim Modus Split erwartet werde. Herr Pickert antwortet, dass die Pflicht bestehe, 25 % zu erreichen. Diese Vorgabe werde bereits erfüllt. Weitergehend fragt SkB. Kostrzewa-Kock nach Plänen in denen der Quell- und Zielverkehr auf bestehenden bzw. geplanten Wegen verzeichnet sei. Herr Pickert erklärt, dass die Pläne vorbereitet aber noch nicht fertiggestellt seien. Zu der Frage nach der Zukunft der Stelle des Fahrradbeauftragten teilt Bürgermeister Borgmann mit, dass die Verwaltung zum Stellenplan 2017 einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten werde.

Stv. Havermeier sieht in der Mitgliedschaft einen dauerhaften Prozess der Weiterentwicklung. Ziel sei es ein anderes Bewusstsein zu schaffen.

SkB. Fichtner erklärt, dass die UWG-Fraktion die Mitgliedschaft befürworte.

Stv. Tüns sieht die Mitgliedschaft positiv. Es bestehe die Chance Potentiale zu nutzen und neue zu schaffen.

Stv. Höring regt an, den Mitgliedsantrag ins Ratsinformationssystem einzustellen. Er weist darauf hin, dass Fahrradabstellmöglichkeiten geschaffen werden müssten.

Stv. Kortmann ergänzt, dass sämtliche für die Ausschussmitglieder wichtigen Informationen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden müssten.

SkB. Wagner erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass er dagegen stimmen werde, weil ihm der Aufwand zu groß erscheine.

I. Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt den Antrag zur AGFS-Mitgliedschaft an die AGFS und das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr zu stellen

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0

TOP 5) Verzicht auf die Verwendung von Glyphosat und ggf. von anderen Totalherbiziden

hier: Bürgerantrag „Glyphosatverbot in städtischen Anlagen“ vom 10.03.2016

Vorlage: FB 3/403/2016

Frau Trudwig erläutert, dass Glyphosat nur zur Beseitigung des japanischen Staudenknöterichs eingesetzt werde.

Stv. Gernitz erklärt, dass bei der SPD-Fraktion der Wunsch bestehe, auf den Einsatz von Glyphosat zu verzichten.

Skb. Wagner weist darauf hin, dass das Mittel frei erhältlich sei. Ein „Spritzschein“ müsse vorliegen.

Stv. Möllmann ist der Ansicht, dass die Verwaltung das bisher sehr gut handhaben würde, da es nur in kleineren Bereichen eingesetzt würde. Die EU befasse sich derzeit mit dem Thema. Im Wahlkampf habe sich gerade die Opposition beschwert, dass die Grünanlagen verunkrautet seien. Durch den Verzicht auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln entstehe ein höherer Personalbedarf.

SkB. Fichtner weist auf das Erfordernis des sensiblen Umgangs in Randbereichen hin.

SkB. Kostrzewa-Kock erklärt, dass Glyphosat krebserregend sei. Aufgrund der Vorbildfunktion der Stadt solle man auf den Einsatz verzichten und nicht die wissenschaftliche Bestätigung der WHO abwarten.

SkB. Schulze Meinhövel weist darauf hin, dass für den Einsatz von Glyphosat ein Sachkundenachweis erforderlich sei. Der japanische Staudenknöterich sei nicht anders zu bekämpfen. Er wachse an Stellen, die nicht so stark frequentiert seien. Alternativen gebe es nicht.

Stv. Kortmann erklärt, dass der Sachkundenachweis keine Garantie für den richtigen Einsatz biete. Der japanische Staudenknöterich könne durchaus manuell bekämpft werden. Die

Krebsgefährdung sei schwerwiegend. Daher beantragt er die Abstimmung über den Beschlussvorschlag des Bürgerantrages.

Stv. Möllmann weist darauf hin, dass bei der EU-Kommission fachkundige Leute über die Verlängerung der Zulassung von Glyphosat entscheiden würden.

Stv. Tüns erklärt, dass er sich aufgrund der gesundheitlichen Bedenken gegen den weiteren Einsatz von Glyphosat entscheiden werde, auch wenn die CDU-Fraktion anderer Meinung sei.

Stv. Wischnewski ist der Ansicht, dass die manuelle Beseitigung Vorrang vor der Gesundheitsschädigung habe.

Stv. Kortmann schlägt vor, 5 Jahre das Glyphosat nicht einzusetzen um die Auswirkungen zu testen.

Stv. Havermeier erklärt, dass laut Internetrecherchen die Naturschutzbehörde Darmstadt den japanischen Staudenknöterich erfolgreich manuell bekämpft habe. Bürgermeister Borgmann erinnert an die Aussagen von Herr Grömping von der Unteren Landschaftsbehörde vor einiger Zeit im Fachausschuss. Eine Bekämpfung müsse effektiv sein.

SkB. Kostrzewa-Kock weist darauf hin, dass Glyphosat ein gefährlicher Stoff sei, der in der Landwirtschaft sachkundig eingesetzt werde.

Stv. Höring äußert sein Unverständnis darüber, dass den Mitarbeitern des Bauhofes die Sachkunde abgesprochen werde, der Landwirtschaft jedoch nicht.

I. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, den in der Ratssitzung am 27.11.1997 gefassten Beschluss, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf städtischen Flächen im Rahmen der Pflanzenschutzverordnung (mit Ausnahme von „Diuron“-haltigen Pflanzenschutzmitteln) zuzulassen, aufrecht zu erhalten.

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	9
Enthaltungen:	0

Die Stadt Lüdinghausen verzichtet im Stadtgebiet auf die Verwendung von Glyphosat und ggf. von anderen Totalherbiziden.

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	8
Enthaltungen:	0

TOP 6) Berichte

Die Berichte sind als Anlage 2 und 3 der Niederschrift beigefügt.

TOP 7) Anfragen

Stv. Höring fragt an, ob es möglich sei, dass die Deutsche Post den Briefkasten im Bereich des alten Raiffeisenmarktes in Seppenrade wieder aufstellt. Die Verwaltung sichert Prüfung zu.

SkB. Schulze Meinhövel möchte wissen, wann mit der Planung des Schulhofes am St.-Antonius-Gymnasium begonnen werde. Die Verwaltung antwortet, dass nach Inkrafttreten des Haushaltsplanes begonnen werde. Zu der Frage von SkB. Schulze Meinhövel nach der Zuwegung zum Schloss Westerholt erklärt Bürgermeister Borgmann, dass diese neu gestaltet werde.

Stv. Schulze Uphoff fragt nach der Instandsetzung des Wirtschaftsweges in der Bauerschaft Elvert, der bei Grünpflegearbeiten durch den Bauhof in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Frau Trudwig antwortet, dass der Weg kurzfristig instandgesetzt werde.

Zu der Anfrage des SkB. Fichtner nach den Plänen zur Umgestaltung der Bushaltestelle im Bereich Ostwall 13 erklärt Bürgermeister Borgmann, dass mit den Anwohnern Gespräche geführt werden.

Stv. Havermeier weist darauf hin, dass die Baufirma täglich die Stadtfeldstraße nach Abschluss der Arbeiten zu reinigen habe. Er fragt nach dem Sachstand des SPD-Antrages zur Straße Baumschulenweg und zur Öffnung des Baugebietes Rott. Bürgermeister Borgmann erklärt, dass ein entsprechender politischer Beschluss vorliegen würde. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt am 14.06.2016 soll der Bürgerantrag über die Öffnung des Baugebietes Rott beraten werden. In dem Behördentermin sei deutlich gemacht worden, dass über die Aufstellung der Freiburger Kegel erst im Rahmen der Ausbauplanung entschieden werden solle.

Thomas Suttrup
Vorsitzende/r

Sabine Liebing
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 16. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt

der Stadt Lüdinghausen am 19.04.2016

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

CDU-Fraktion

Höring, Volker	Vertretung für Frau Irmgard Schotte
Horstmann, Heinrich	
Merten, Michael	
Möllmann, Bernhard	Vertretung für Herrn Anton Holz
Schulze Meinhövel, Anja	
Schulze Uphoff, Theo	
Suttrup, Thomas	
Tüns, Dieter	

SPD-Fraktion

Gernitz, Niko	
Havermeier, Dirk	
Vierhaus, Kathrin	Vertretung für Herrn Kors Barendregt
Weniger, Ernst-Dieter	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kortmann, Jöran	
Kostrzewa-Kock, Lothar	

UWG-Fraktion

Fichtner, Rüdiger	Vertretung für Herrn Dr. Wolfgang Wischnewski
Wischnewski, Susanne	Vertretung für Herrn Josef Wannigmann

FDP-Fraktion

Wagner, Wilhelm	
-----------------	--

von der Verwaltung

Liebing, Sabine	
-----------------	--

Trudwig, Ellen	
----------------	--

Entschuldigt:**CDU-Fraktion**

Holz, Anton	
Schotte, Irmgard	

SPD-Fraktion

Barendregt, Kors	
------------------	--

UWG-Fraktion

Wannigmann, Josef	
Wischnewski, Wolfgang Dr.	